

**Rede Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
zum Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen am 9. April 2024**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Bernd Fabritius,  
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages,  
sehr geehrte Damen und Herren Präsidiumsmitglieder des Bundes der Vertriebenen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Jahresempfänge des Bundes der Vertriebenen stehen stets in einem Geist der Erinnerung,  
der Wertschätzung und der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft.

Wir erinnern uns an die Leiden und Verluste, die die Vertriebenen erlitten haben, an den Mut  
der Aussiedler und Spätaussiedler zum Neubeginn, wir blicken in Dankbarkeit zurück auf ihre  
Aufbauleistungen in Deutschland und ihren Willen zur Versöhnung und zum friedlichen Zu-  
sammenleben.

**Ukraine und Israel**

In der Charta des BdV, verabschiedet in Stuttgart am 5. August 1950, heißt es: „Heimatlose sind  
Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen  
mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal  
erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als  
eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“

Fast 74 Jahre später erlangt dieser selbst gesetzte Auftrag des BdV eine bedrückende Aktualität.  
Seit mehr als zwei Jahren erreichen uns aus der Ukraine täglich erschütternde Bilder von Tod,  
Zerstörung und Vertreibung – und das mitten in Europa, keine zwei Flugstunden von Berlin ent-  
fernt.

In der Ukraine leben 30.000 Angehörige der deutschen Minderheit. In Russland sind es sogar  
400.000. Viele sind von den Auswirkungen des Krieges unmittelbar betroffen. Im ukrainischen  
Mariupol wurde das Begegnungszentrum der deutschen Minderheit komplett zerstört. In Russ-  
land leiden die Russlanddeutschen unter Ausgrenzung und antiwestlicher Propaganda des rus-  
sischen Staats. Wir können nur erahnen, wie viele Familien durch die russische Propaganda  
zerrissen werden.

Doch in Anbetracht dieser Lage hat sich Ihre Gemeinschaft auf bemerkenswerte Weise solidarisch gezeigt: Die Landmannschaft der Deutschen aus Russland und die deutschen Minderheitenorganisationen in Polen, in Rumänien, in der Slowakei und in Ungarn haben in den ersten Monaten des Krieges Unterstützung für die deutsche Minderheit in der Ukraine organisiert. Grenzüberschreitende Kontakte und Sprachkenntnisse wurden für schnell wirksame Hilfe genutzt. Für dieses wichtige humanitäre Engagement gebührt Ihnen unser besonderer Dank.

Zwei weitere Flugstunden weiter südlich, in Israel und in den palästinensischen Gebieten, ist die Hoffnung auf eine friedliche Heimat gleichfalls in weite Ferne gerückt. Über 1.200 Menschen wurden in Israel am 7. Oktober 2023 von den Terroristen der Hamas ermordet. Zahllose weitere mussten ihre Ortschaften und Kibbuz verlassen. Aufgrund der Bedrohung durch die Hisbollah im Libanon wurden etwa 100.000 Israelis im Norden des Landes aus ihrer Heimat evakuiert.

Diese Menschen haben in kürzester Zeit ihr Zuhause, ihre Gemeinschaften und ihre Lebensgrundlage verloren. Sie sind zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden, sie haben notdürftigen Unterschlupf bei Freunden und Verwandten, in Touristenkomplexen gefunden. Mit einigen der Binnenvertriebenen habe ich mich bei meiner jüngsten Reise nach Israel getroffen und ausgetauscht.

Die Erfahrung von Flucht müssen auch viele Menschen im Gazastreifen durchmachen, gleichwohl die Ursachen hierfür gänzlich anders gelagert sind als in Israel.

Diese Beispiele erinnern schmerzlich daran: Flucht und Vertreibung sind – auch in Europa und in der europäischen Nachbarschaft – kein Thema der Geschichtsbücher. Aber sie zeigen auch: Das universelle Recht auf Heimat ist nur möglich, wenn es einhergeht mit gemeinsamem Willen zum friedlichen Zusammenleben und der Bereitschaft zum Ausgleich mit den Nachbarn. Ohne einen solchen Ausgleich bleiben Heimat, Frieden und Sicherheit ein ferner Wunsch.

Die Arbeit des Bundes der Vertriebenen in den vergangenen siebzig Jahren steht beispielhaft für dieses Bemühen um Ausgleich, um Heimat in Frieden und Sicherheit. Ohne Ihre Arbeit für die Versöhnung, ohne Ihr Bemühen um Verständigung und Ausgleich, und ohne Ihren – ja, ich möchte es so nennen – Großmut, anzuerkennen, dass die alte Heimat mittlerweile auch Heimat

für andere Menschen geworden ist, wäre die Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn nicht möglich gewesen. Ich verbinde dieses Anerkenntnis mit der Hoffnung, dass Ihre Haltung auch in anderen Regionen der Welt gesehen wird. Und dass es auch dort eines Tages möglich wird, Heimat in Frieden und Sicherheit zu schaffen.

## **Politische Anliegen**

Ich möchte auf drei weitere Aspekte eingehen, die Ihnen Herzensanliegen sind: Zum einen die Aufnahme von Spätaussiedlern, zum anderen die Umbenennung des BKGE und der Härtefallfonds.

### **1. Änderungen beim Aufnahmeverfahren**

In den vergangenen Jahren hörte ich oft von großem Unmut bei den Spätaussiedlern: Aufnahmeanträge wurden seit Ende 2021 viel häufiger durch das Bundesverwaltungsamt abgelehnt. Der Grund dafür: Die restriktive Anwendung eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts und daraus folgende Änderungen bei der Aufnahmepraxis durch die Ampel-Bundesregierung.

Ich bin sehr froh, dass der Deutsche Bundestag – insbesondere auf Druck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – im November 2023 endlich die notwendige Gesetzesänderung beschlossen hat. Besonderer Dank gebührt Ihrem Verband, sowie der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der Fraktion um meinen Kollegen Christoph de Vries. Sie sind gemeinsam am Ball geblieben, haben nicht nachgelassen und der Bundesregierung immer wieder Druck gemacht.

Gerade bei so einer „intensiven Beratung“ durch die Opposition: Für mich bleibt unverständlich, warum es auf Seiten der Regierungskoalition einen Diskussionsprozess von knapp zwei Jahren brauchte – und das überwiegend in einer Zeit, in der die Deutschen Minderheiten in der Ukraine und in Russland aufgrund des russischen Angriffskriegs unter besonderem Druck standen und weiterhin stehen.

Dennoch: Damit sollte die Bundesregierung nun eigentlich zur alten Aufnahmepraxis zurückkehren können. Allerdings ist die notwendige Anpassung der Rechtsverordnung durch das Bundesministerium des Innern bis heute – vier Monate später – immer noch nicht erfolgt. Dafür fehlt mir jedes Verständnis.

Leider fügt sich diese Vorgehensweise in ein Bild ein, dass wir schon von der Bundesregierung gewohnt sind: Etwas wird politisch vereinbart, alle sind einverstanden – sogar die Opposition, es wird beschlossen, aber dann wird die Umsetzung in die Praxis von Teilen innerhalb Regierung immer wieder verzögert und unterlaufen.

Besonders unverständlich ist aus meiner Sicht: Die Ampel hat kürzlich die Regeln für die Einbürgerung erleichtert. Dazu mag man stehen, wie man will, ich habe meine Position vielfach deutlich gemacht. Aber dann gleichzeitig die Rückkehr unserer deutschen Landsleute nach Deutschland zu erschweren, das ist aus meiner Sicht inakzeptabel.

Für uns als Union gilt: Die Tore nach Deutschland müssen für unsere Landsleute offenbleiben. Wir stehen dafür ein, auch weiterhin Spätaussiedler aufzunehmen. Gerade jetzt brauchen wir Solidarität mit den deutschen Minderheiten in der Ukraine und Russland, und keine bürokratische Verzögerungstaktik.

## **2. Umbenennung BKGE**

Es gibt noch eine weitere bürokratische Nickeligkeit, auf die ich eingehen möchte. Fraglos ist ihre Auswirkung auf menschliche Schicksale nicht so weitgehend wie die Änderungen bei der Anerkennungspraxis. Gleichwohl lässt sie tief blicken, was die Haltung mancher Vertreter der Bundesregierung gegenüber Ihnen, gegenüber den Heimatvertriebenen, den Aussiedlern und den Angehörigen der Deutschen Minderheiten angeht: Die Umbenennung des „Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“. Aus dem Namen dieser vom Bund bezahlten Forschungseinrichtung wurde nun – per Verfügung von Kulturstaatsministerin Claudia Roth – die deutsche Nationalität gestrichen. Nunmehr heißt es nur noch: „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“.

Die Erinnerung an Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa darf nicht einfach „weggestrichen“ werden. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir stehen dafür – und das haben wir auch im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms deutlich gemacht – die Erinnerung an die Kultur und Geschichte der Deutschen in Osteuropa wachzuhalten und zu würdigen.

### **3. Härtefallfonds**

Es weiteres, nicht minder wichtiges Anliegen für viele von Ihnen ist eine gerechte Lösung für die vielen Härtefälle im Rentenbereich. Die Zahl der Betroffenen ist groß: Etwa 750.000 Aussiedler und Spätaussiedler beziehen einen Fremdrentenanteil. Diese Gruppe hat schon viele Enttäuschungen wegstecken müssen. Streitig war lange Zeit, ob es eine Lösung über zusätzliche Rentenpunkte oder über einen Härtefall-Fonds geben sollte.

Die aktuelle Bundesregierung geht die Umsetzung dieses Fonds nunmehr in – sagen wir einmal – äußerster Bescheidenheit an: Es ist lediglich ein Bundesanteil von 500 Millionen Euro und ein variabler Länderanteil vorgesehen. Nur eine vergleichbar kleine Gruppe von Spätaussiedlern – etwa 60.000 Personen – wird vom Fonds profitieren. Die Auszahlungen werden eher im Bereich von 2.500 Euro liegen.

Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass dieses Ergebnis von den Betroffenen als sehr unbefriedigend empfunden wird. Das ist kein ausreichender Beitrag zur Abmilderung der bei vielen Spätaussiedlern entstandenen Härten. Ihre Lebensleistung wurde oft zu einem großen Teil unter widrigen Bedingungen im totalitären System der Sowjetunion erbracht. Was das bedeutet, können sich ein Großteil von uns kaum vorstellen: Sie wurden systematisch benachteiligt, weil Sie Deutsche sind. Das wird mit diesem mageren Härtefallfonds nicht ausreichend anerkannt.

Dennoch: In der Rückschau muss ich selbstkritisch anmerken, dass die Union in der vergangenen Wahlperiode in der Großen Koalition nicht das Ziel erreicht hat, für das wir streiten wollten – nämlich eine echte rentenrechtliche Gleichstellung. Ich nehme diesen – so müssen wir es leider nennen – Misserfolg aber als Ansporn für die Zukunft: Meine Fraktion und ich werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Benachteiligungen der Aussiedler und Spätaussiedler bei den Renten zu beseitigen.

### **Ausblick**

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich einen positiven Ausblick wagen: Im Verhältnis zu unserem nächsten östlichen Nachbarn, Polen, besteht mit dem Regierungswechsel die Aussicht auf einen echten Neubeginn in den Beziehungen. Mit Donald Tusk haben die Polen einen Ministerpräsidenten gewählt, der die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen erkannt hat. Ich habe ihn noch kürzlich beim Kongress der Europäischen Volkspartei in Budapest

getroffen. Ich bin sicher: Er hat ein echtes Interesse an konstruktiver und in die Zukunft gerichteter Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen.

Zu unserer Zusammenarbeit in der Zukunft gehört aus meiner Sicht aber auch: Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag auf beiden Seiten der Grenze mit Leben gefüllt wird. Das bedeutet insbesondere, dass die Kürzungen beim muttersprachlichen Deutschunterricht für Angehörige der Deutschen Minderheit zurückgenommen werden. Ebenso setzen wir uns für Verbesserungen beim Polnischunterricht für in Deutschland lebende polnische Kinder an, wie es den bilateralen Vereinbarungen entspricht.

Ich setze darauf, dass der Bund der Vertriebenen sich weiterhin vernehmbar und engagiert in die öffentliche Diskussion einbringt. Auf unsere weitere Zusammenarbeit freue ich mich. Sie können sich darauf verlassen, dass die Union an Ihrer Seite steht.

Ich danke Ihnen erneut für die Einladung und freue mich auf die weiteren Gespräche mit Ihnen heute Abend.